

Die „Arbeit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus jährlich. Für Vorkosten nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifen bezogen für Deutschland, Belgien, das Saar und Niederlande sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 22.—, für das übrige Ausland M. 30.—

Die neuversteuerte Monarchie oder deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Anzeigen. Kleinanzeigen: Das jetzige Blatt M. 2.— M., jedes weitere Blatt M. 1.00 M., einschließlich Anzeigen. Leihende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3.75 M. netto pro Zeile. Besondere Preise in Werbeanzeigen; das jetzige Blatt M. 1.40 M., jedes weitere Blatt 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

GEZEITUNG

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Verbannung Karls

Madeira als Exil

Paris, 29. Oktober.

Die Völkervereinigung schlägt Madeira als Exil des Königs Karl vor, vorausgesetzt, daß Portugal einverstanden ist. König Karl wird im Hafen von Galax an Bord des englischen Kriegsschiffes „Cardiff“ gebracht, auf dem er bis zur endgültigen Entscheidung über sein Schicksal Wohnung nimmt.

Das Ultimatum der Kleinen Entente

CC. Paris, 29. Oktober 1921.

Dem „Petit Parisien“ wird aus London gemeldet: Bisher hat das englische auswärtige Amt noch keine offizielle Bestätigung der Nachricht erhalten, daß die Kleine Entente ein Ultimatum an Ungarn abgeschickt hätte. In englischen diplomatischen Kreisen gibt man der Meinung Ausdruck, daß eine derartige Demarche in der Form einer Drohung unnötig wäre und nur Gefahren heraufbeschwören könnte. Man erklärt, die Kleine Entente hätte ihre Klagen bei der Völkervereinigung vorbringen können, die sie prüfen und bald regeln werde. Kamentlich glaubt man in London, daß die Völkervereinigung geneigt wäre, eine Untersuchung über die Seeresultate der ungarischen Armee anzustellen. Auf keinen Fall aber könne die Völkervereinigung der Forderung stattgeben, Ungarn solle den Staaten der Kleinen Entente finanzielle oder territoriale Kompensationen geben, denn dies wäre eine Verletzung des Friedensvertrages.

Die Forderungen der Tschechoslowakei

CC. Paris, 29. Oktober.

Der tschechische Außenminister, Dr. Benesch, erklärte dem Vertreter des Pariser „Excelsior“: Die Mobilisierung Tschechiens sowie Südböhmens dauert fort. Der Augenblick ist gekommen, in dem, koste es, was es wolle, allen Unternehmungen Karls und der Habsburger ein Ende gemacht werden muß. Die Habsburger dürfen nie mehr den Thron besteigen. Die Tschechoslowakei wünscht deren Absetzung, und diese muß vom ungarischen Parlament

ratifiziert werden. Der Friedensvertrag muß respektiert werden. Die ungarischen Banden im Burgenland müssen aufgelöst, das Land selbst muß Oesterreich zurückgegeben werden. Gemäß dem Friedensvertrag muß Ungarn sofort unter der Kontrolle der Großen Entente abzurufen. Das erste Mal wurde Karl eine Frist von acht Tagen zur Räumung Ungarns gegeben, das zweite Mal eine solche von drei Tagen. Diese Frist ist verstrichen. Wenn die Mächte nicht sofort gehandelt hätten, wäre die ungarische Regierung mit den Karlisten gegangen, denn in Ungarn denke jedermann nur an die Aufhebung des Friedensvertrages. Die Fortsetzung der Mobilisierung in Tschechien sei notwendig, nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt.

Die ungarischen Sozialdemokraten zur Kriegsgefahr

Wien, 29. Oktober.

Unter dem Titel „Der ungarischen Demokratie entgegen“, veröffentlicht in der „Arbeiter-Zeitung“ der ungarische Sozialdemokrat Sigmund Kunfi einen Artikel, in dem es heißt: Wir ungarischen Emigranten, die für das geknechtete ungarische Volk zu sprechen die Möglichkeit und die Pflicht haben, erheben unsere Stimme, um den Wunsch auszusprechen, daß alle friedlichen Mittel erschöpft werden sollen, um die unumkehrliche innere Wandlung der ungarischen Politik ohne eine feindliche Besetzung des Landes herbeizuführen. Trotzdem wir nicht den Wunsch haben, die Wörder des ungar. Volkes zu schänden, hegen wir die Ansicht, daß die Leiden einer fremden Besetzung nicht von den Herrschenden, sondern von den arbeitenden Massen getragen werden müßten. Von der Voraussetzung ausgehend, daß die Aufgabe der Stunde sei, die Bahn für die demokratische Entwicklung in Ungarn freizumachen, rufen wir dem ungarischen Volke zu: Ra... euch selbst auf, gliedert euch selbst in die Gemeinschaft der gestützten Welt ein, erklämpft durch eine mutige Tat auch selbst die Freiheit, auf daß sie nicht auf den Spitzen der feindlichen Bajonette, durch diese Herkunft unermüdlich mit Metel behaftet, euch aufgezungen werde. Was Ungarn sich jetzt wünscht, ist nicht Herrschaft über andere Klassen, sondern Gleichberechtigung, nicht viktuar, sondern Demokratie, ist die Eingliederung in die Front der mitteleuropäischen republikanischen Demokratien.

Vor der Abrüstungskonferenz

Erklärungen Briands vor seiner Abreise

CC. Paris, 29. Oktober.

Ministerpräsident Briand gab vor seiner Abreise nach Washington, die sich mit großem Gefolge vollziehen wird, einem Vertreter der „Chicago Tribune“ ein Interview über die Absichten, die er in Washington verfolgen werde. Er erklärte, daß in der Frage der Abrüstung die territoriale Lage Frankreichs berücksichtigt werden müsse. Denn Frankreich habe nicht nur seine eigene Freiheit zu verteidigen, sondern auch die der ganzen Welt. Frankreich müsse nicht nur für seine eigene Existenz kämpfen, sondern es sei auch an gewisse Traditionen gebunden. Die Amerikaner, die Frankreich zur Konferenz einladen, haben Frankreich in einer schwierigen Lage Hilfe geleistet. Deshalb sei es seine Pflicht, Amerika die Dankbarkeit Frankreichs zu bezeugen. Er sei überzeugt, daß das amerikanische Volk die Bedeutung dieser Reise nicht verkennen werde. Trotz der Tatsache, daß viele Fragen von Europa noch nicht gelöst sind, hat Frankreich die Einladung des Präsidenten nicht nur nicht halb angenommen, sondern von ganzem Herzen. Frankreich hat ein hervorragendes Interesse, an den Debatten teilzunehmen. Nicht nur die Fragen des Stillen Ozeans, sondern auch die der Abrüstung müssen erörtert werden. Frankreich hat seinen amerikanischen Freunden versichert, daß es bereit sei, jede Maßnahme anzunehmen, die dazu führen könnte, den Völkern der Welt die Währungsfragen zu erleichtern. Aber die Haltung Frankreichs müsse hart von dem Gedanken beeinflusst sein, daß seine Sicherheit nicht gefährdet werden dürfe. Was wäre geschehen, wenn Frankreich vor 40 Jahren keine militärische Macht nicht aufrechterhalten hätte? Was würde die Welt heute sagen? Man glaubt, Frankreich könne auf die Sicherheit seiner natürlichen Grenzen rechnen — dem ist aber nicht so. Frankreich muß sich verteidigen, infolgedessen hat es die Pflicht, alle jene Sicherheiten festzustellen, die notwendig sind, bis es die Überzeugung bekommen hat, daß diese Notwendigkeit nicht mehr besteht. Bezüglich der Frage des Stillen Ozeans erklärte Briand, daß Frankreich bereit sei, seine guten Dienste anzubieten, um eine Lösung der Probleme, die die Vereinigten Staaten interessieren, zu erleichtern.

Die englisch-amerikanischen Beziehungen

CC. New York, 29. Oktober.

Admiral Beatty, der auf der Washingtoner Konferenz als Sachverständiger für Marinefragen fungieren wird, hielt eine Rede über die englisch-amerikanischen Beziehungen und erklärte, daß er nie daran glauben könne, daß sich im Laufe der Konferenz ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Amerika herausstellen sollten. Die ganze Welt werde mit größtem Interesse den Debatten folgen. In Amerika bege man die besten Hoffnungen. Es handle sich nicht darum, in einigen Tagen eine künstliche Allianz zu schaffen, sondern zu einer natürlichen Freundschaft zwischen England und Amerika zu gelangen, und nicht zu Zwistigkeiten, die von anderer Seite, die Vergnügen am Skandal habe, verschärft und ausgebeutet werden

könnten. Wenn man sich aber Vertrauen entgegenbringe, würden die Leute, die im Trüben fischen, vergebliche Anstrengungen machen.

Marshall Foch in Amerika

CC. New York, 29. Oktober.

Marshall Foch ist hier eingetroffen. Sofort nach seiner Ankunft auf amerikanischem Boden hat Foch an die amerikanische Nation eine Botschaft gerichtet, in der es u. a. heißt: „Dieselben Soldaten, die ich im Jahre 1918 auf den Schlachtfeldern führen durfte, möchte ich nun bei ihrer friedlichen Arbeit sehen, wobei sie dieselben Eigenschaften bekunden werden, die sie im Kriege zeigten. Gedankt der gefallenen Amerikaner und erklärt, daß ihr Opfer nicht vergeblich war! Es bleibt die Grundlage des Weltfriedens, für den wir gemeinsam arbeiten, von denselben Gefühlen befeuert, die Frankreich und Amerika während des Krieges einten.“ — Das klingt nicht nach Abrüstung!

Sechs Millionen Franken für Rußland

CC. Paris, 28. Oktober.

In der heutigen Vormittags-Sitzung der Kammer legte der Finanzminister Doumer den Gesetzentwurf vor, der dem hungernden Rußland 6 Millionen Franken zur Verfügung stellen will. Die Verteilung soll durch das rote Kreuz erfolgen. Im Namen des Finanzausschusses trat Wolanowski für diesen Antrag ein, der darauf angenommen wurde. Die Nachmittags-Sitzung wird sich mit den Interpellationen über die Streikfrage im Norden befassen. Man glaubt, daß die Kammer bis zum 4. oder 5. August vertagt werden wird.

Die Bekämpfung der Volkskrankheiten

Genosse Moses hat im Reichstag folgende Anfrage an die Regierung eingebracht: „Wiederholt ist von der Reichsregierung die Erklärung abgegeben worden, daß dem Reichstag „demnächst“ je ein Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten und der Trunksucht zugehen soll. Dieses „demnächst“ dauert nun schon anderthalb bis zwei Jahre. Inzwischen fordert die Tuberkulose immer weitere Opfer, haben die Geschlechtskrankheiten in Deutschland einen geradezu bedrohlichen Umfang und Charakter angenommen, greift die Trunksucht immer weiter um sich.“

Ich frage die Reichsregierung, was sie zu tun gedenkt, um der weiteren physischen Verelendung des Volkes Einhalt zu gebieten, insbesondere, ob sie gewillt ist, nunmehr ernstlich und so schnell wie möglich die angekündigten Gesetzesvorlagen dem Reichstag zugehen zu lassen?“

Proteststreik in Montevideo. Die Arbeitergewerkschaften von Montevideo beschloßen zugunsten der verurteilten Kommunisten Sacco und Banzetti einen 12stündigen Generalstreik.

Die Städteordnung

Von Dr. Carl Herz, Epanbau

Als nach dem Zusammenbruch von Jena der Freiherr v. Stein dem preussischen Staat eine neue Grundlage zu geben versuchte, begann er seine Tätigkeit nicht mit der Schaffung einer Verfassung, sondern mit der Organisation der Kommune. Er wollte von unten nach oben aufbauen und dachte sich die Städteordnung als die Basis, die sich in der Kreis- und Provinzialverfassung nach oben fortsetzen und in der Reichsverfassung ihren krönenden Abschluß finden sollte. In allen großen Revolutionen ist immer wieder derselbe Weg beschritten worden, zuletzt noch in den Sowjets der russischen und in den Arbeiterräten der deutschen Revolution. Das Endziel hat die Bewegung nirgends erreicht. Es ist eine offensichtliche Unrichtigkeit, wenn die Denkschrift zum Entwurf der gegenwärtigen Reichsverfassung behauptet, daß das Reich mit seiner ganzen inneren Lebensstätigkeit auf dem organischen Unterbau seiner Kommunen und einzelstaatlichen Glieder ruhe. Die Revolution hat vielmehr den gesamten inneren Verwaltungsapparat, der von dem Gedanken des zentral organisierten Obrigkeitsstaates beherrscht ist, unberührt gelassen und sich damit begnügt, auf diese absolutistische Verwaltungsorganisation eine demokratische Verfassung aufzupropfen. Der Widerspruch zwischen der demokratischen Form der Verfassung und dem konservativen Inhalt der Verwaltung ist das große Problem unserer inneren Politik.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist der Entwurf der preussischen Städteordnung zu betrachten, dessen Veröffentlichung unmittelbar bevorsteht. Von der Schaffung einer neuen Gemeindeordnung könnte eine politische Entwicklung ausgehen, die die äußere Form der Demokratie mit lebendigem Inhalt erfüllt und damit den Staat aus einem Herrschaftsinstrument zu einer von der breiten Volksmasse getragenen Organisation tatsächlicher Selbstverwaltung macht. Diese Entwicklung ist aber nur dann möglich, wenn die Gemeinden das Recht erhalten, das sie heute nicht besitzen und das die natürliche Grundlage jeder wahrhaftigen Demokratie ist: das Recht der Selbstverwaltung.

Wenn mit dem Worte Selbstverwaltung kein Mißbrauch getrieben werden soll, so kann es nur bedeuten, daß die Gemeinden die Befugnis haben, alle Angelegenheiten örtlichen Charakters in freier Entscheidung zu ordnen — selbstverständlich im Rahmen der allgemeinen Staatsgesetze. Dieses Recht der lokalen Autonomie — die geschichtliche Erinnerung ist für den überreaktionären Charakter des heutigen preussischen Verwaltungsrechts lehrreich — erlangte sogar noch das preussische Landrecht von 1794 an, das im übrigen den preussischen Polizeistaat in der schärfsten Form zur Ausprägung brachte. Von diesem Landrecht hat sich daher auch noch erhalten jener viel mißbrauchte Polizeiparagraph, der der Polizei die Aufgabe zuweist, die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu treffen.

Diese Bestimmung gilt heute noch, trotzdem sie mit Geist und Wortlaut der Reichsverfassung völlig unvereinbar ist. Sie ist die Waffe der preussischen Staatsbürokratie im Kampfe gegen das Recht der Städte auf die örtliche Gesetzgebung gewesen. Sie hat nach der Märzrevolution von 1848 ihre formalgesetzliche Fortbildung in dem Polizeiverwaltungs-gesetz von 1850 gefunden. Dieses Gesetz, das beziehungsweise — ein in der Parlamentsgeschichte einzig dastehender Vorgang — ohne amtliche Begründung dem Landtage vorgelegt wurde, stellt einen kaum überschreitbaren Höhepunkt reaktionärer und gemeindefeindlicher Entwicklung dar. Ist es schon schwer verständlich, daß die Novemberrevolution von 1918 dieses Polizeigesetz mit dem Polizeiparagraphen des Landrechts unverändert hat fortbestehen lassen, so ist es noch unverständlicher, daß eine Regelung im Rahmen der Demokratie und unter Berufung auf die Idee der Selbstverwaltung eine Gemeindereform betreibt, ohne vorher oder wenigstens gleichzeitig die schwerste Hemmnis für eine wahrhaft demokratische Gemeindereform zu beseitigen.

Denn nicht in den zurzeit geltenden Städteordnungen, sondern in dem erwähnten Polizeiverwaltungs-gesetz ist das Recht der Gemeinden im Staate und zum Staate geregelt — freilich nur negativ in dem Sinne, daß die Gemeinden völlig unter die Vormundschaft der Bürokratie gestellt werden und ihnen jede selbständige Regelung ihrer Angelegenheiten verweigert wird. Die Tendenz der preussischen Verwaltung ist stets dahin gegangen, die Gemeinden zu degradieren zu finanziellen Lastenträgern für Anstalten und Einrichtungen, die im öffentlichen Interesse geboten sind.

So haben die Städte zwar das „Recht“, die Straßen zu bauen und zu unterhalten — denn das kostet Geld —, aber sie haben nicht das Recht, eine Ordnung für den Verkehr auf ihren eigenen Straßen aufzustellen, sie haben nicht das Recht, den Straßenverkehr zu überwachen, und sie haben nicht einmal das Recht, diese Straßen zu benennen. Die Städte haben zwar das Recht, den Bebauungsplan zu entwerfen — denn solche Entwürfe kosten wiederum Geld —, aber sie dürfen nicht die damit eng verknüpfte, wohnungspolitisch ungeheure

wichtige Bauordnung aufstellen. Sie können zwar Krankenhäuser unterhalten und alle sonstigen Einrichtungen der modernen Sozialhygiene, aber die „Sorge für Leben und Gesundheit“ — wahrhaftig eine typisch kommunale Angelegenheit — ist nicht ihre Sache, sondern untersteht als sogenannte Gesundheitspolizei dem Herrschaftsbereich der staatlichen Bureaucratie. Auf jedem Gebiete ist diese Zuständigkeit zu konstatieren: Die Bureaucratie behält sich die oberste Kommandogewalt über die Kommunalverwaltung vor, das selbstherrliche Befehlen und Kontrollieren, schiebt aber die Ausbringung der Lasten für öffentliche Zwecke der Gemeinde zu.

Zur Rechtfertigung beruft man sich auf die Polizeigewalt, die Ausfluß der Staatshoheit sei und die daher dem Staat — nicht der Gemeinde — das Recht der kommunalen Gesetzgebung gewähre. Das ist freilich preussisches Verwaltungsdogma, mit dem die Bureaucratie stets ihre Herrschaftsansprüche begründet hat. Aber schon die bürgerliche Demokratie hat dieses Dogma mit Recht für den Todfeind jeder Gemeindefreiheit erklärt.

Die Demokratisierung der preussischen Verwaltung steht auf der Tagesordnung. Eine durchgreifende Demokratisierung ist nur möglich durch eine grundsätzliche Umstellung von unten, von der Gemeinde her. Erst dann wird auch die vielbesprochene Vereinfachung der Verwaltung zur Tat werden. Die Besteuerung der Goldwerte und das gesamte Problem der Sozialisierung und Kommunalisierung erfordern zu einer befriedigenden Lösung die Umorganisation der Verwaltung auf der Grundlage des örtlichen Gesetzgebungsrechts der Kommunalverbände. In der ganzen Sozialisierungsdebatte sind die mit der Sozialisierung verknüpften verwaltungstechnischen Probleme fast völlig unberücksichtigt geblieben.

Eine Gemeindeform, die diesen Namen verdient, muß daher gleichzeitig verbunden sein mit einer völligen Umgestaltung des Polizeirechts, durch das sich heute die örtliche Gesetzgebung vollzieht. Wer die inneren Zustände in den Kommunalverwaltungen kennt, weiß, daß die Angelegenheit nicht auf die lange Bank geschoben werden kann. Ein kleiner Fortschritt wäre schon erzielt, wenn im Wege eines Notgesetzes in Abänderung des § 5 des Polizeiverwaltungsgesetzes den Gemeindevorständen — nicht etwa den Gemeindevorständen — das Recht eingeräumt wird, die in § 5 dieses Gesetzes aufgeführten Angelegenheiten im Wege des Ortsstatuts zu regeln. Dann werden die Gemeindevorstände wirkliche Kommunalparlamente, die die für die örtliche Entwicklung leitenden Grundzüge aufstellen.

Wie ungeheuer tief das polizeistaatliche und gemeindefeindliche Denken in unserer Verwaltung begründet ist, beweist am besten die nachrevolutionäre Gesetzgebung des Reiches, die fast überall — zuletzt noch im Lichtspielgesetz — die Polizeiorgane an Stelle der Gemeindevorstände zu ausführenden und kontrollierenden Organen macht. Auch hier ist eine Revision der Gesetzgebung — beginnend übrigens von der Gewerbeordnung an — dringend nötig.

Daß eine demokratische Gemeindeform neben der Beseitigung des alten Polizeirechts oder vielmehr Polizeirechts noch andere, tief in die heutige Verwaltungsorganisation eingreifende Bestimmungen enthalten muß, kann hier nicht dargelegt werden. Sicher aber ist eins: Der Entwurf der neuen Städteordnung wird nach allem, was zuverlässig bekannt geworden ist, auch nicht im entferntesten den ungeheuren Umwandlungen gerecht, die in der wirtschaftlichen Struktur der Städte und ihrer sozialen Gliederung vor sich gegangen sind. Hier müßte sich die gesamte Arbeiterklasse zu einheitlicher politischer Arbeit zusammenschließen. Denn erst die Überwindung der übermäßig zentralisierten Staatsbureaucratie durch eine demokratische Gemeindeform wird die Spannung zwischen Volk und Staat aufheben und diesen Gegensatz in der höheren Einheit des Volksstaates auflösen.

Zur Explosion im italienischen Fort Santa Helena. Bei den Aufklärungsarbeiten beim Fort Santa Helena sind bis jetzt 22 Leichen geborgen worden.

Die Steuergesetze

Beratung im Reichswirtschaftsrat

Auf der gestrigen Tagesordnung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats stand die Einzelberatung der Entwürfe der neuen Reichsteuergesetze und zwar des Kapitalverkehrssteuergesetzes, der Novellen zum Umsatzsteuergesetz und zum Körperschaftsteuergesetz, des Vermögenssteuergesetzes, des Vermögenszuwachssteuergesetzes, des Gesetzes über eine Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit und des Gesetzes betreffend Erhöhung der Neuzugangssteuer, Zündwarensteuer, Biersteuer, Mineralwassersteuer und Tabaksteuer. Zugrunde liegen die von dem Reparationsausschuß und seinen Arbeits- beziehungsweise Unterausschüssen gemachten Vorschläge.

Vorsitzender Eder u. Braun: Die Stellung des neuen Reichskabinetts in den Steuerfragen ist uns noch nicht bekannt. Es verlautet, daß das neue Kabinett bezüglich der Besteuerung andere Bahnen gehen will als die bisherigen. Wir wissen darüber nichts, und das Präsidium hat sofort an das neue Kabinett ein bezügl. Schreiben um Auskunft gerichtet.

Für die Beratung der Steuergesetze hat der vorläufige Reichswirtschaftsrat den folgenden Generalvorbehalt gemacht: Der vorläufige Reichswirtschaftsrat kann sich, auch bevor er an die Prüfung des Gesamtsteuerreformplanes herantritt, der Aufgabe nicht entziehen, zu den von der Regierung vorgelegten einzelnen Steuergesetzen Stellung zu nehmen. Dabei kann sich seine Prüfung nur auf die Grundsätze und die Fassung der jeweiligen vorgelegten Einzelgesetze erstrecken. Ob ein Einzelgesetz in den Rahmen des Gesamtreformplanes hineinpaßt oder welche Wirkungen auf die Ertragsseite anderer Steuergesetze eintreten, kann der vorläufige Reichswirtschaftsrat naturgemäß erst dann entscheiden, wenn alle wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenhänge des Gesamtproblems von ihm geprüft sind.

Ueber den Entwurf eines Kapitalverkehrssteuergesetzes berichtet Generaldirektor Dr. Wulffow (Vertreter der Kleinbahnen und Straßenbahnen): Aus dem Entwurf erwartet die Reichsregierung einen Mehrertrag von etwa 851 Millionen Mark. Der Entwurf faßt die bisher in verschiedenen Gesetzen und Verordnungen verstreuten Vorschriften über die Besteuerung des Kapitalverkehrs einheitlich zusammen. Auch bei diesem Entwurf wurde die große Unklarheit der einzelnen Bestimmungen beflagt, über deren Tragweite die Sachverständigen und sogar die Regierungsvorsteher nicht völlig befriedigende Auskunft zu geben vermochten, und der Wunsch richtet an die Regierung den dringenden Appell, den Wortlaut auf Klarheit der Fassung nochmals durchzuprüfen. Das Inkrafttreten des Gesetzes will der Entwurf vom 15. Februar 1921 ab datieren; der Ausschuss hält einen früheren Termin als den 1. August nicht für zulässig.

Ohne Störung wird der Entwurf nach den Vorschlägen des Reparationsausschusses einstimmig angenommen.

Großwain (Arbeitsgeber der Industrie) erstattet den Bericht des Reparationsausschusses über die Umsatzsteuer. Die Regierung will den Satz der allgemeinen Umsatzsteuer von 1% auf 3 Prozent verdoppeln. Der Unterausschuß hat die an sich gebilligte Siemensche veredelte Umsatzsteuer für undurchführbar gehalten und auch die sogenannte Kleinhandelssteuer abgelehnt. Er billigt die Beibehaltung der allgemeinen Umsatzsteuer, erwartet aber von der Verdoppelung der Sätze nicht die Verdoppelung des Ertrages. Der Unterausschuß hat sich für zwei Prozent entschieden, der Reparationsausschuß hat aber einen Satz von 2% Prozent vorgeschlagen.

Für die Auffassung des Herrn v. Braun, daß die neue Regierung bezüglich der Besteuerung andere Bahnen gehen wolle, als die bisherige, dürfte dem Wunsch des edlen Herrn die Waterschaft zufallen. Oder erwartet er, daß die neue Regierung in diesem Punkte strenger demt? Jedenfalls hoffen wir, die erbetene Auskunft der Regierung möge so ausfallen, daß Herr v. Braun auf den Rücken fällt.

Erhöhte Steuer auf Zündwaren

Am 10. September 1919 wurde die Zündwarensteuer verdoppelt und auf eine Reihe weiterer Waren (Feuerzeuge, Zündsteine, Zündschienen usw.) ausgedehnt. Jetzt soll diese verdoppelte Steuer abermals verdoppelt werden. In der Begründung des Entwurfs wird gelagt, daß wegen dieser Verdoppelung der Steuererträge eine Erhöhung des Kleinhandelspreises nicht gerechtfertigt sei. Es wurde nämlich seit dem 1. April von den Herstellern eine Umlage von 300 Mark pro 1000 Pakete zu 10 Schachteln à 60 Stück erhoben, die zum Ausgleich und zur Festlegung eines Einheitshöchstpreises für inländische und ausländische Zündhölzer verwendet wurden. Die Aufhebung der Zündholzbewirtschaftung werde diese Umlage in Fortfall bringen, so daß an ihre Stelle die Steuer in gleicher Höhe treten kann, ohne daß eine Preiserhöhung deshalb notwendig werde.

Diesen schönen Reden gegenüber wird der Verbraucher sich sehr steptisch verhalten müssen. Bisher hat jede Aufhebung der

Zwangsbewirtschaftung eine rapide Erhöhung der Preise gebracht. Man braucht nur an die unveränderten Kartoffelpreise der letzten Zeit zu denken. Die Preise werden ja heutzutage nicht nach der Notwendigkeit, sondern aus reinen Nachkriegswägen heraus „ge-regelt“. Ein gewaltiges Steigen der Streichholzpreise wird also sicher sein.

Die Kartoffeltransporte

Groener über die Leistungen der Eisenbahn

Der Reichsverkehrsminister Groener geht selbst in einem Artikel in der „Vossischen Zeitung“ auf die wiederholten Angriffe des verkehrstechnischen Mitarbeiters dieses Blattes gegen die Eisenbahnverwaltung ein. Er nimmt besonders jenen Artikel zum Gegenstand seiner Widerlegungen, auf den auch wir unlängst aufmerksam machen mußten, weil er allzubeifällig zu erkennen gab, warum diese Angriffe erfolgen. Nämlich nur, um die Unfähigkeit des Staatsbetriebes an sich darzutun und die Vorteile einer kapitalistischen Bewirtschaftung der Eisenbahnen hervorzuheben.

Groener widerlegt die Angriffe vor allem durch Zahlenangaben. In den Güterverkehr hat die Reichseisenbahnverwaltung an gedekten Güterwagen zu 10 Tonnen im September 1920 insgesamt 1 252 478 Wagen zur Verfügung gestellt, im September 1921 dagegen 1 387 101. Dazu an offenen Güterwagen zu 10 Tonnen im September 1920 2 178 148, im September 1921 dagegen 2 210 157. Auch im August 1921 war die Stellung von Güterwaggons erheblich größer als im gleichen Monat des Jahres 1920.

Besonders eingehend behandelt Groener die Kartoffeltransporte, weil sie vor allem den Gegenstand der Angriffe gegen das Verkehrsweesen bilden. Er schreibt darüber:

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Stellung von Güterwagen für Kartoffeln im August und September dieses Jahres um etwa 14 v. H. geringer gewesen, als die für Preußen, Hessen, Mecklenburg und Oldenburg vorhandenen Vergleichsziffern ergeben. Dies ist zurückzuführen auf den mit allen Kräften steigerten Verkehr von Getreide und Düngemitteln. Die Minderstellung ist jedoch durch die außerordentlich hohe Wagengestellung im Oktober mehr als ausgeglichen. Ich habe ferner in einer bereits am 14. Oktober der Presse gegebenen Mitteilung darauf hingewiesen, daß in diesem Jahre neben der Verladung von Kartoffeln in Wagenladungen ein außerordentlich starker Stückgutverkehr von Kartoffeln stattgefunden, den die Eisenbahnverwaltung durch ermäßigte Tarife begünstigt hat. Der Stückgutverkehr insgesamt übersteigt den des Vorjahres um täglich rund 3000 bis 4000 Wagen. Der Hauptanteil an dieser Steigerung entfällt auf den Kartoffelverkehr. Wie stark dieser Kartoffelverkehr als Stückgut ist, geht daraus hervor, daß allein in der Woche vom 16. bis 22. Oktober auf den Berliner Bahnhöfen 87 779 Sack Kartoffeln mit rund 96 000 Zentnern angekommen sind. Ähnliche Mengen werden aus anderen großen Verkehrscentren gemeldet. Angesichts der starken Steigerung des Kartoffelverkehrs in Wagenladungen im Oktober, des dauernd starken Stückgutverkehrs und des von allen Seiten berichteten unmittelbaren Kartoffeleinkaufs der Stadtbevölkerung auf dem Lande, glaube ich auch nicht, daß die Kartoffelversorgung der Bevölkerung jetzt noch so knapp ist, daß sie als Ernährungsfrage bezeichnet werden darf. Die Preisentwicklung im Kartoffelhandel ist meines Erachtens in der Hauptsache auf andere Momente — die mit dem Transport nichts zu tun haben — zurückzuführen, nicht zuletzt auf die heute ja auf fast allen Gebieten beobachtete Kaufwut des Publikums aus Furcht vor weiterem schnellem Steigen aller Preise.

Wenn bis zum 1. Oktober die Stellung von Güterwagen für Kartoffeln um 14 vom Hundert geringer gewesen sind als im Vorjahre, so ist das, meint Groener, auf die ungewöhnlich hohen Anforderungen an Güterwagen für den Abtransport des im Lagerreich des zurückzuführen. Diese seien auf das dringende Eruchen des Ernährungsministers erfolgt, und da dieses Ministerium die gesamte Ernährungspolitik führt, fügt Groener keinen Ausführungen hinzu, dürfte angenommen werden, daß bei seinen Anträgen die notwendige Rücksicht auf die rechtzeitige Versorgung der Bevölkerung mit anderen Nahrungsmitteln nicht außer acht gelassen war.

Diese wiederholte Darstellung von unterrichteter Seite zeigt wiederum, daß an den hohen Kartoffelpreisen die Eisenbahnverwaltung wohl keine Schuld hat, wie die Agrarier ständig behaupten, um den Verdacht des Wuchers von sich abzulenkten. Nur darum gehen wir heute auf die Darstellung Groeners ein.

Die Kunst in Moabit

Das sogenannte Geschlechtsempfinden deutscher Richter hat es vorgestern zuwege gebracht, den Verleger Gurliitt mit dem Ausbruch des Bedauerns zu 1000 Mark Geldstrafe zu verurteilen, daß das Gesetz keine höhere Strafe gestatte. Was hatte Herr Gurliitt verbrochen? Er hat frei nach Schillers Jugendgedicht „Der Venuswagen“ eine ebenso benannte kleine Serie erotischer Dichtungen herausgegeben und sie von Künstlern ersten Ranges illustrieren lassen. Daß Künstler erotische Stoffe gern behandeln, ist ihr Vorrecht, und die größten, angefangen von den alten Künstlern Raffaels bis zu Goethe, haben dargestellt, was im Grunde das Gedriebe des Lebens erhält und verschönt. Unter den von Gurliitt beauftragten Künstlern befindet sich ein Altmeister wie Louis Corinth, der neben oder über Liebermann Deutschlands erster Maler ist und den der Staat mit dem Professorentitel ausgezeichnet hat; Jaedel, der trotz seiner Jugend Mitglied der Akademie ist; Jille, der Meister des Volksbildes und einer aus dem Leben herausgewachsenen Kunst. Die Richter waren so gütig, die „reinen Absichten“ der Künstler nicht in Zweifel zu ziehen, hielten aber zahlreiche Blätter für „unzüchtig“ und für eine Beleidigung des „normalen geschlechtlichen Empfindens“ und kamen zu dem „Urteil“, das wir vorgestern wiedergegeben haben.

Wer die ständige Unauferkeit unserer Gesellschaft kennt, empfindet dieses Urteil nicht als Absurdität. Unsere Richter haben sich längst abgewöhnt, einen Unterschied zu machen zwischen dem phantastischen Spiel des Künstlers und der profitablen Schweinerei des Bierlabareits. Nachdem die Münchener Zensur ein klassisches Werk beschlagnahmt hat, von dem Goethe meinte, man müsse es mindestens jedes Jahr einmal lesen, lohnt es kaum mehr, Sachverständige zu solchen Prozessen zu senden, da ja nicht im Gegensatz zu allen anderen Prozessen ihr Urteil, sondern jene Zerlogenheit entscheidet, die die einfachsten Erscheinungen des Lebens offiziell vertuscht und inoffiziell betreibt. Nicht das normale Geschlechtsempfinden, sondern die normale Geschlechtslüge soll vor der Kunst geschützt werden. Unsere Richter sind Durchschnittsmenschen und, wie manche Urteile beweisen, noch weniger. Daher sind sie in der Erosit dieselben Duemäler wie der Spießer, zu dem sie gehören. Wenn ein Künstler eine weibliche Sitzgelegenheit genial zeichnet, entzückt von den Formenschönheiten der Natur, so verleiht er nicht das normale Sexualempfinden, sondern nur die Heuchelei der Gesellschaft, die von den Richtern repräsentiert wird. Als Studenten sollen manche von diesen Fetzen gern ab und zu 5 Mark bezahlt haben, um daselbst in natura zu betrachten, was sie, gezeichnet, empört. Will man die Norm dieses Geschlechtsempfindens kennen lernen, so studiere man nicht die Meisterwerke unserer Kunst, sondern die Alkettwände deutscher Universitäten, wo die künftigen Richter und

Staatsanwälte, Goetheforscher und Rechtsanwälte Abbilder ihres Seelenlebens hinterlassen. Große Dichter — allerdings fast nur Franzosen — haben die tiefe Unanständigkeit normalbürgerlicher Erosit dargestellt, die immer tiefer steht, als ein auch nur vom Hauche der Kunst berührtes Werk. Solange die Gesellschaft glaubt, daß die Kunst tadellos wie ein Leutnant vor den Augen der Öffentlichkeit zu erscheinen hat, wird sie sich stets mit Verachtung besonders von den Werken abwenden, die die Tiefen des Lebens darstellen, von denen man lieber nicht spricht. Das Urteil gegen Gurliitt ist also kein Einzelfall, der die bürgerliche Öffentlichkeit in Empörung setzen dürfte, er ist das natürliche Ergebnis von zweitausend Jahren Unterdrückung aller natürlichen Empfindungen, von der sich natürlich auch jene nicht freimachen können, die zufällig den heute so armseligen Beruf eines Richters ergriffen haben.

Felix Stössinger

Sonderabteilungen der Volksbühne

Zum ersten Male hat die Volksbühne E. V. in dieser Spielzeit einige Sonderabteilungen eingerichtet, die ihren Mitgliedern lediglich solche Aufführungen vermitteln sollen, in denen junge, noch unerprobte Talente und Werte ganz besonderer Eigenart auf die Bühne kommen. Kein Volksbühnenmitglied ist es gewöhnt, einer solchen Abteilung anzugehören. Aber jeder kann neben der Abteilung, der er von der Leitung der Organisation zugewiesen ist, durch eine besondere Willenserklärung eine derartige Sonderabteilung belegen; außerdem können hier auch solche Personen ihren Beitritt vollziehen, die sonst nicht Mitglieder der Volksbühne sind. Der Anluß an eine dieser Abteilungen verpflichtet nur zur Abnahme von drei Vorstellungen, die an bestimmten Tagen (die erste am 18. November) abends im Neuen Volkstheater stattfinden. Der Beitrag für jede dieser Vorstellungen beträgt 7,50 M., bei Voreinzahlung des Beitrages für alle drei Vorstellungen 20 M. Anmeldungen müssen sofort — unter Einsetzung mindestens des ersten Vorstellungsbetrages — bei der Geschäftsstelle der Volksbühne E. V., Linienstraße 227, erfolgen.

Mit der Einrichtung dieser Sonderabteilungen schafft die Volksbühne eine gesicherte Basis für die Aufführung von Werken, denen sonst wahrscheinlich die Bühnen verweigert blieben. Dabei kommt es aber nicht einmal so sehr darauf an, daß diesen Stücken der Weg ins Publikum geöffnet wird, als vielmehr darauf, daß den Autoren Gelegenheit gegeben wird, aus der Aufführung ihrer Werke Lehren und Anregungen zu schöpfen. Von besonderer Bedeutung ist, daß den Werken, indem sie die Volksbühne zur Aufführung bringt, ein Publikum geschaffen wird, das sich nicht ausschließlich aus Angehörigen der bestehenden Schichten zusammensetzt. Die geringen Beiträge ermöglichen es auch Angehörigen der Arbeiterklasse, die Aufführungen auf sich wirken zu lassen. Es ist zweifellos ein verdienstvolles Unternehmen der Volksbühne, durch die Schaffung ihrer Sonderabteilungen einerseits jungen, rühmenden Talenten Förderung zu bereiten, andererseits

die breiten Massen stärker an der jungen und jüngsten dramatischen Produktion zu interessieren.

Als erste Vorstellung wird „Passion“ von Paul Baudisch über die Breiter gehen. Für die zweite Sonderdarstellung ist „Das letzte Gericht“ von Julius Maria Becker erworben. Ueber weitere Erwerbungen wird noch verhandelt.

Zu Dolkojewskis 100. Geburtstag, den die moderne Welt, dankbar für die gewaltigen Erschütterungen dieses großen russischen Geistes, am 30. Oktober begeht, bringen wir nicht den üblichen Festartikel. Der Dichter selbst wird zu Worte kommen in einer kleinen unbekanntem Arbeit „Reisebilder“, die Alexander Glasberg zum erstenmal ins Deutsche übertragen hat. Wir beglücken mit der Veröffentlichung in der nächsten Nummer der „Freien Welt“.

Die Stellung der Schwarzen in der französischen Politik. Die Verwendung der schwarzen Truppen durch Frankreich in den besetzten Gebieten kann aus demokratischen Gründen sicher nicht gebilligt werden, da ein großer Teil der Bevölkerung den Schwarzen aus sogenannten Rassegründen eine gewisse Antipathie entgegenbringt. Es wäre aber ganz falsch, zu glauben, als ob Frankreich seine farbigen Truppen ins besetzte Gebiet legte, um damit eine besondere Verachtung oder Beschöpfung zum Ausdruck zu bringen. Die Schwarzen haben im Leben Frankreichs eine ganz andere Rolle gespielt, als in irgendeinem anderen Lande und sie haben in der politischen Geschichte Frankreichs bereits so etwas wie eine Tradition. Die „großen Damen“ am Hofe Ludwigs XV. mußten, um auf der Höhe der Mode zu sein, ausnahmslos kleine Negerknaben in ihrem Dienst haben. Als die französische Revolution ausbrach, war der Regent Juno Madame Dubarry ein erwachsener Mann, der sich im Klub der Jakobiner durch seine radikalen Ansichten hervortat. Sein Gegenpiel bildete ein Musette, der sich der reaktionären Partei angeschlossen hatte, ein natürlicher Sohn Ludwigs XV., sein wollte und Ansprüche auf den französischen Thron geltend machte. Im Jahre 1848 trat zum erstenmal in die Deputiertenkammer ein Schwarzer ein, den Guadeloupe in das Parlament entsandt hatte. Er war Kammerdiener Lamartines gewesen, und so oft sein früherer Herr, der damals Minister des Auswärtigen war, im Sitzungssaal erschien, eilte er ihm entgegen, bürstete ihm den Rock ab und richtete den Knien seiner Krawatte, um dann auf seinen Sitz als Geheggeber zurückzukehren und gewissenhaft gegen die Regierung zu stimmen. Ihm folgte eine lange Reihe schwarzer Abgeordneter im französischen Parlament, und es scheint fast so, als wenn unter den Negern auch der niederen Stände das Interesse für politische Fragen ungleich lebendiger sei als bei den Vertretern der weißen Rasse. So erzählte der Staatssekretär einer französischen Kolonie, daß eines Tages seine Schicht, die er wegen ihrer Tüchtigkeit in hohen Ehren hielt, in sein Arbeitsszimmer gestürzt kam und ihre sofortige Entlassung forderte. Ueber die Gründe befragt, antwortete sie erragt: Ich kann nicht ferner in deinem Dienst bleiben, weil du die Politik des Abgeordneten Legitismus (eines Abgeordneten schwarzer

Die Zukunft der Spandauer Werkstätten

Vom Krieg zum Frieden

Die Spandauer Werkstätten, die im kaiserlichen Deutschland und namentlich während der Kriegsjahre eine sehr bedeutende Rolle im Rahmen der Erzeugung des Heeresbedarfes gespielt haben, sind Ende 1919 von der Hauptverwaltung der Reichsbetriebe, der späteren „Deutsche Werke, Aktien-Gesellschaft“ zur

Umstellung auf Friedensfabrikation

übernommen worden. Der ganze gewaltige Komplex gliedert sich jetzt in zwei Hauptabteilungen, von denen die erste das Werk Haselhorst, die frühere staatliche Werkstätte der Pulverfabrik, des Feuerwerkslaboratoriums, der Gewehrfabrik und der Munitionsfabrik umfaßt. Das Werk Spandau, dessen Mittelpunkt die alte Geschützerei darstellt, in der einst Kanonen und Patetten hergestellt wurden, bildet die zweite Abteilung. Für diesen Betrieb ein neues Fabrikationsprogramm zu finden, war eine ungemein schwere Aufgabe, weil die vorhandenen Maschinen in der Mehrzahl der Fälle einen ganz ausgesprochenen Spezialcharakter tragen, der ihre Verwendbarkeit zur Herstellung von Gegenständen des Friedensbedarfes ungemein erschwert. Zunächst mußten allerhand Bedarfsfabrikationen eingerichtet werden, um wenigstens einen Teil der Belegschaft weiter zu beschäftigen.

Erst nach und nach konnten an die Stelle der Bedarfsfabrikationen dauernde Einrichtungen gesetzt werden. Das, was heute auf dem Fabrikationsprogramm steht, umfaßt nur

ausgesprochene Waffenfabrikation.

Die Vorbereitungen dazu beanspruchten je nach der Komplexität des Stückes 5-12 Monate. Innerhalb dieser Zeit mußten die erforderlichen Werkzeuge und Vorrichtungen angefertigt werden, und zwar mit besonderer Sorgfalt, wenn nicht das angestrebte Ziel größter Genauigkeit und Gleichmäßigkeit bei größter Materialgüte von vornherein in Frage gestellt werden sollte.

Die Gesamtleistung des Werkes Haselhorst beträgt zur Zeit rund 3500 Arbeiter und Angestellte. Ein Teil derselben ist noch immer mit der Durchführung von Zerstörungsarbeiten beschäftigt, die auf Grund des Friedensvertrages von Versailles zu leisten sind.

Der Maschinenpark des Werkes zählte bei Kriegsende insgesamt 14500 Maschinen, von denen

5500 Spezialmaschinen für Rüstungszwecke zerstört

werden mußten. 4190 weitere Maschinen, und zwar, wie die Werkleitung berichtet, ganz normale Werkzeugmaschinen, wurden aus dem Werk entfernt. 700 Maschinen endlich wurden für Zwecke der Wiedergutmachung beschlagnahmt, unter ihnen besonders wertvolle Maschinen modernster Konstruktion, deren Ausfall sich auf Schritt und Tritt fühlbar macht. Lediglich 4030 Maschinen, die noch dazu eine besondere Mühsal auf das Fabrikationsprogramm ausgewählt sind, sollen dem Werk belassen werden. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang der Umstand, daß die internationalisierte Kontrollkommission es bei der Unbrauchbarmachung der betreffenden Maschinen und der Zerstörung des Kriegsmaterials nicht bewenden ließ, sondern darüber hinaus in verschiedenen Fällen auch die Zerstörung der Fabrikgebäude verlangt und durchgesetzt hat.

Im Werk Spandau,

ist fast doppelt soviel Arbeiter beschäftigt wie Haselhorst, nämlich über 8000, befindet sich eine Halle mit drei großen hydraulischen Pressen. Jede von ihnen repräsentiert einen Wert von mindestens 8 Millionen Mark. Sie werden als unentbehrlich für die Aufrechterhaltung des Gesamtbetriebes bezeichnet. Trotzdem müssen sie vernichtet werden, ja, auch die Halle soll auf Befehl der Kontrollkommission niedergehauen werden. Es ist wahr: Hier wurden einst Kanonenrohre gegossen, aber es ist eine Tatsache, daß die gefährlichsten Dinge, die heute hier erzeugt werden,

Schrauben, Kurbelwellen und Pleuellstangen

sind. Gleichwohl besteht die Entente auf ihrem Schein. Auf diese Weise werden große Werte vernichtet, Arbeiter brotlos gemacht und nationalitätliche Reizstoffe gezündet. Wenn Anstrengungen bei den letzten Wahlen in Spandau so gut ausgefallen hat, so ist das nicht zuletzt das Verdienst dieses Abrüstungsprogramms der Entente.

Sauftatze, der in den französischen Kolonien großes Ansehen genießt, zu unterstützen für gut findet und sich überzeugt habe, daß dieser Legitimus ein politischer Schädling und seine Politik ein Unglück für das Land ist.

Es ist verständlich, daß ein Land dieser Tradition in der Hege mit der „Schwarzen Schmach“ nur ein alldeutsches Mandat erbliden kann.

„Böhme“ (Staatsoper). Die Künstler dieses Stückes, der Dichter, der Maler, der Musiker, dazu der Eigenphilosoph, das sind Typen, wie sie ursprünglich der französische Stieghölzer im Kopf hatte, später auch der deutsche: Künstler mit Loden und Samthosen, die heute nichts sind und schon morgen Verführer werden können, im Grunde Provinztypen, halbe Menschen, die keinem ernstem Zuschauer tieferes Gefühl abgewinnen können. Um so mehr müßte hier der Darsteller, vor allem der des Rudolf, alles Menschliche hergeben, um uns mitfühlen zu lassen.

Das ist der Gastenor des Abends, Alfred Vicaover, nicht. Er war ein Kurfürstendammtenor edelsten Schlages mit herrlicher, lächerlicher Mittellage und mit so scharf betonter, unartikulierter Höhe, als Sängern oft bewundernswert, aber als Künstler fahndend. Er hatte die Herbe der Leidenschaft, aber nicht die hinreichende Gewalt, die selbst der äußerliche Puccini in seinem Besten noch hat und fordert.

Alles sonst war gut, die Artot de Padilla als Wimi vorzüglich. In manchem überragte sie Vicaover. — Die schöne Mantellens in dem letzten Akt wurde leider jämmerlich vermisselt. A. N.

Tages-Notizen

Verfassungen. Theater des Orens: 22. Abende Brüder. — Bühnenhaus: 1. Peter Brauer. — Deutsches Künstler-Theater: 1. Der heilige Ambrosius. — Die Tribüne: 2. Die unbekannte Frau. — Theater am Kolonnenplatz: 2. Die Ehe im Kreise. — Casino-Theater: 4. Der Weg zum Glück. — Schlosspark-Theater: 5. Das Kommt. — Große Schauspielhaus: 7. Götter der Verdingungen.

Für das hungernde Volkland veranlaßt die Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerverständlichen Dienstes, 7½ Uhr, in der Festungs-Oberratskammer, Götterdienstag, Schillerstr. 129 (Rabe-Raum), einen Vortrag über den sozialistischen Vortrags-Vortrag. Tages-Vorträge. Der Vortrag wird an die Berliner Gewerkschafts-Funktionäre abgeleitet.

Internationale Arbeitskonferenz. Die Internationale Frauenliga für Arbeits- und Freiheit hielt in allen die angeschlossenen 24 Ländern vom 4.-11. November eine internationale Arbeitskonferenz in Washington ab, um die Verhältnisse über die Arbeitsbedingungen in Washington zu untersuchen. Neben anderen Deutschen waren die Berichtigen in solchen Gänge. Neben anderen Deutschen waren die Berichtigen in solchen Gänge.

Die Union in Belgien. Die Union hat mit dem Schauspiel-Theater ein Abkommen getroffen, das an Sonntag-Nachmittagen um 4 Uhr regelmäßige Vorstellungen im „Groschen-Theater“ abgeben werden. Die erste Vorstellung „Der Aufstieg zum Ruhm“ findet diesen Sonntag, 4. Uhr, im kleinen Saal statt.

Im westfälischen Vellau hat Jahnke für den Volkstanz-Bund einen Vortrag, 11. November, 7½ Uhr, in der Volkshochschule.

Im Gewerkschafts-Haus, Neue Straße, Köpenick und Westberlin von 8 bis 10 Uhr. Am Sonntag, 11. November, werden in der Kassen-Verwaltung des Vellau-Vereins (Vellau) von 10-11 Uhr, Sonntag von 11-12 Uhr. — Zwei in Vellau-Vereins (Vellau) von 10-11 Uhr, Sonntag von 11-12 Uhr. — Zwei in Vellau-Vereins (Vellau) von 10-11 Uhr, Sonntag von 11-12 Uhr.

Das Fabrikationsprogramm umfaßt zur Zeit u. a. die Anfertigung von Jagdgewehren und Leuchtscheinwerfern einschließlich der dafür erforderlichen Munition. In der Stahlformgießerei werden Halbschleifen für eine ganze Reihe von Industrien erzeugt. Alle Einrichtungen stehen auf der Höhe der Zeit. Nicht der Fall ist dies in der Walzwerk-Anlage, die so alt ist, daß sie nicht mehr mit wirtschaftlichen Erfolgen arbeiten kann. Die Beschaffung einer neuzeitlichen Anlage hat die Entente jedoch nachdrücklich unterlagert, obgleich es sich nur darum handeln würde, ein Walzwerk für kleinere Abbiegungen zu errichten, wie sie in jeder kleineren Schmiede, Schlosserei und Maschinenfabrik gebraucht werden und die vor allem für den Hausbedarf des Werkes notwendig sind. Die Stahlblöcke, welche das Walzwerk verarbeitet, werden in dem benachbarten Martinwerk hergestellt. Hier ist es, wo die zu zerstörenden Geschosse, Geschütze und Schiffsteile umgeschmolzen sind.

In die genannten Anlagen, die die Unterabteilung Hüttenwerk bilden, schließt sich die

Abteilung Maschinenfabrik

an. Zuerst kommen wir in die Schmiede, die mit Pressen verschiedener Art, wie Dampf- und Stahlhämmern, ausgerüstet ist und in der Waggonbeschlagteile, Einzelteile für Automobile, Schmiedestücke für Maschinenfabriken und dergleichen hergestellt werden.

Auch eine Feilenhanerei ist vorhanden, ferner eine Reparaturwerkstätte für Lokomotiven und Eisenbahnwagen sowie eine Fabrikationswerkstätte für Eisenbahnlastwagen und eine weitere für die Herstellung von Land- und hauswirtschaftlichen Maschinen aller Art.

Besonderes Interesse bietet die nächste Werkstätte, in welcher Bettstellen hergestellt werden, auch andere Holzzeugnisse, wie Büreaumöbel, Ackerwagen für die Landwirtschaft, Personenwagen und neuerdings auch Holzhäuser, die auf Grund alter schweizerischer Erfahrungen konstruiert sind, werden erzeugt.

Alles in allem:

eine Stadt der Arbeit, eine Stadt des Friedens.

Eine Zerstörung dieses Werkes kann nach unserer Meinung nicht die Absicht der Entente sein. Die Klagen der Werkleitung, die sich bei allen ihren Schritten durch die Maßnahmen der Internationalisierten Kontrollkommission gehemmt sieht und den Zusammenbruch des Werkes fürchtet, sollten in der gesamten europäischen Öffentlichkeit beachtet werden. Vor allem auch bei der Arbeiterschaft der Ententeländer, denn eine Schließung der Werke, die eintreten könnte, wenn die Arbeit in ihnen fortgesetzt gestört und dadurch schließlich gänzlich unproduktiv gemacht werden würde, wäre die Brotlosmachung von Zehntausenden von Arbeitern und Angestellten. Die Spandauer Anlagen sind nicht die einzigen der „Deutschen Werke“; sie besitzen weitere Betriebe in Erfurt, Kiel und München. Es dürfte nicht unmöglich sein, durch geeignete Verhandlungsmethoden und entsprechende Garantien die Besorgnisse zu zerstreuen, die die Internationalisierte Kontrollkommission noch immer hegt. Gegen die Zerstörung von ausgesprochenem Kriegsmaterial und von Spezialmaschinen zu seiner Herstellung ist natürlich nichts einzuwenden. Aber was darüber ist, ist von Hebel.

Die internationale Arbeitskonferenz

Die Zuständigkeit für das Gebiet der Landwirtschaft

Genf, 27. Oktober.

In der heutigen Sitzung der Internationalen Arbeitskonferenz wurden die Kompetenz- und Opportunitätsfragen der Verammlung auf dem Gebiete der Landwirtschaft behandelt. Die französische Regierung hatte ihrem Delegierten genaue Weisungen gegeben, womöglich der Verammlung überhaupt die Kompetenz auf diesem Gebiete abzuspüren. Der Vertreter Fontaine begründete dies einerseits damit, daß im Versailles-Friedensvertrag nirgends von landwirtschaftlichen Arbeitern die Rede sei, andererseits machte er geltend, daß heute, wo ja Nordfrankreich wiederaufgebaut werden müsse, wo die landwirtschaftliche Produktion im Orient darniederliege und die wirtschaftliche Lage der ganzen Welt so sei, daß überall mit Ausnahmefällen gerechnet werden müsse, es unvorstellbar wäre, durch eine internationale Gesetzgebung die Arbeit der Landwirtschaft zu regeln. Johard, der Arbeitervertreter Frankreichs, entgegnete jedoch, daß, wenn auch die landwirtschaftlichen Arbeiter im Versailles-Friedensvertrag nicht genannt seien, es doch aus den Vorverhandlungen und aus dem Briefwechsel Clemenceaus hervorgehe, daß man auch an die Regulierung ihrer Arbeit dachte. Der Regierungsvertreter Englands, Hall, unterstützte einige Bedingungen, die Johard anführte, und erklärte, daß die Verammlung sich kompetent erklären müsse.

Nachdem Fontaine die Kompetenzfrage zurückgezogen hatte und nur noch die Opportunitätsfrage geltend machte, traten andere Delegierte, darunter Mahain, der Regierungsvertreter von Belgien, dafür ein, daß diese Frage nach dem Wunsch der Konferenz von Washington auf der Tagesordnung bleibe. Waldeck, der Arbeitervertreter Italiens, schloß sich dieser Meinung an, wünschte aber, daß unter allen Umständen auf die Einiprache der französischen Regierung geantwortet werde. Der Arbeitervertreter von Südafrika, Crawford, unterstützte diesen Antrag.

Schließlich wurde mit 74 gegen 20 Stimmen folgende Resolution Mahain angenommen: „Da die Konferenz sich für kompetent betrachtet, hat sie über die Arbeitsbedingungen der Landwirtschaft zu verhandeln, und da die vom Bundesrat vorgeschlagene Resolution zugleich den von der Washingtoner Konferenz geäußerten Wünschen und den gerechten Forderungen der landwirtschaftlichen Kreise entspricht, beschließt sie, über jede einzelne Frage und die Zweckmäßigkeit der Beibehaltung der unter Nr. 2, 3 und 4 aufgeführten Fragen der Tagesordnung zu entscheiden. Die einzelnen Abstimmungen werden zeigen, welche Gegenstände wir in der Sitzung zu behandeln haben.“

Absehung der landwirtschaftlichen Frage

Die Internationale Arbeitskonferenz stimmte gestern nach langer lebhafter Debatte, an der Vertreter der Regierungen und der Arbeiter zahlreicher Länder sich beteiligten, über den Antrag der französischen Regierung ab, die landwirtschaftlichen Fragen von der Tagesordnung der Konferenz abzuheben. Beim Namensaufruf stimmten 83 Delegierte für die Behandlung der Regelung der landwirtschaftlichen Arbeitszeit auf der Konferenz, 39 dagegen, die notwendige Zweidrittelmehrheit war also nicht erreicht. Die Abstimmung über die anderen die landwirtschaftlichen Arbeiter betreffenden Fragen wurde auf heute vertagt. Die deutschen Delegierten haben also für das Verbleiben der Regelung der Arbeitszeit auf der Tagesordnung gestimmt. Die Abstimmung hat bei den Delegierten der Arbeiter große Erregung hervorgerufen.

Kleine Nachrichten

Die Londoner Bankverhandlungen. Nach einer Meldung des „D. N. Z.“ nehmen die Besprechungen zwischen dem Reichsbankpräsidenten Havenstein und den Direktoren der Bank von England ihren Fortgang. Es handelt sich in erster Linie darum, wieder die direkten Beziehungen zwischen der Reichsbank und der Bank von England herzustellen. Gerüchte, daß es sich bei der

Anwesenheit Havensteins in London um Verhandlungen über eine internationale Anleihe oder über die Reichsbankischen Vorschläge handele, bestätigen sich nicht.

Maßnahmen gegen den Russverkauf. In allen Teilen des besetzten Gebietes, sowie in Essen, der bayerischen Pfalz, Birkensfeld und dem Brückenkopf Keßl sind einheitliche Bestimmungen zur Verhütung des infolge des Marktfalles einziehenden Russverkaufs erlassen worden.

Die großen Mählengemeinschaften von Strahburg werden wegen unerlaubter Gewinne in Anklagezustand versetzt. Gegen den früheren Präsidenten der Handelskammer, Robert Matz, wurde ein Haftantrag gestellt; als er von den Gerichten verurteilt werden sollte, ergab es sich, daß er sich seit 6 Monaten in Deutschland befindet.

Das französisch-türkische Abkommen. Die Regierung von Ungarn bestätigt nunmehr offiziell die französisch-türkischen Abmachungen, die am 20. Oktober durch Franklin Bouillon und Dussuff Kemal Bey, dem kemalistischen Außenminister, in Angora unterzeichnet wurden.

Eine Kanzlerrede

Dr. Wirth über die Politik der Regierung

Der Reichskanzler Dr. Wirth hat in Karlsruhe am Freitag in einer Zentrumsvorlesung eine Rede gehalten, die sich vor allem mit der bisherigen und mit der künftigen Politik seines Kabinetts befaßte. Er erklärte, daß sein bisheriges Ziel gewesen sei: 1. Die Wiederherstellung von soviel moralischem Kapital, daß nicht nur mit negativen Mitteln, mit dem Mittel des Verbotens, sondern positiv die Durchführung der Leistungsversprechungen Deutschlands auf ein für Deutschlands Produktionsfähigkeit und für das Produktionsbedürfnis des Auslandes erträgliches Maß durchgeführt werden könne, und zweitens demgemäß vorbehaltlose Loyalität in der Anstrengung, das Nachbarrecht zu erfüllen, die Erfüllung von Zusicherungen, die Deutschland zu unterzeichnen gezwungen wurde. Sein politisches Ziel, so erklärte der Kanzler weiter, sei ein Bund der Mitte gewesen. Er sei gegen jede Katastrophepolitik und für eine friedliche, demokratische Entwicklung, und er halte an dem Gedanken der Gerechtigkeit und der Völkerveröhnung fest. Er habe die Bestrebungen nach einer breiten Koalition von Scheidemann bis Stresemann unterstützt, und es sei merkwürdig, daß sie nicht zustande kam als des Vaterlandes Not am größten war. Er selbst sei nicht das Hindernis gewesen. Als aber in langen Besprechungen keine Verständigung zustande gekommen sei, habe er dem Ruf des Reichspräsidenten wieder Folge gegeben. Er habe bei der Regierungsbildung nicht Parteien, sondern Männer befragt, und das neue Kabinett habe im Reichstag eine überraschende Mehrheit erreicht. Das Wiederbauministerium stehe Dr. Rathenau offen. Nur enger Parteigänger habe die Tür schließen können für den Mann, dem man in der Anknüpfung mit dem Ausland soviel zu verdanken habe.

Dr. Wirth beschäftigte sich dann mit der obersten politischen Frage, deren Lösung der Gerechtigkeit ins Gesicht schlage. Nach der politischen Grenzziehung habe man die wirtschaftliche Einheit nur aus dem Grunde wieder herbeiführen wollen, weil man zugeben mußte, daß die Grenzziehung dem Friedensvertrag nicht entspreche. Die Wegnahme der großen oberirdischen Produktionsfläche habe die deutsche Produktionsfähigkeit auf das empfindlichste berührt.

Man nimmt uns die Goldwerte, ohne zugleich anzuerkennen, daß dies die deutsche Leistungsfähigkeit verringert. Der Versailles-Vertrag ist der Dezenhammer der europäischen Zerstörungsökonomie. Er ist ein Instrument der Vernichtung, nicht des Wiederaufbaues. Aber unter seinen vielen Paragrafen ist einer, der Deutschland das Recht gibt, von Zeit zu Zeit seine Leistungsfähigkeit nachprüfen zu lassen. Darin liegt die Grundlage, auf der die Welt einsehen muß, daß man einem Volk nicht widerrechtlich seinen lebendigen Fleisches vom Leibe reißen und gleichzeitig verlangen kann, daß es ungeheuerliche Lasten noch durch Jahrzehnte, durch Generationen weitererschleppen soll. Deshalb haben wir die Rechtsverwertung an die Alliierten abgegeben. Dieses Dokument muß Gemeingut des deutschen Volkes werden.

Aber trotz der oberirdischen Entscheidung sei doch keine wirkliche Politik nicht völlig erfolglos gewesen. Ursprünglich sollte Obersteuropa vollständig an Polen kommen, und wenn wir eine Katastrophepolitik begonnen hätten, so wäre es nicht gelungen, die Linie der Teilung so weit wie möglich zurückzubringen. Eine besserer Zukunft für uns und für die ganze Welt könne nur herbeigeführt werden, wenn sich das Verständnis für die Zusammenhänge der Weltwirtschaft Bahn breche. Die ganze Welt eilt mit Riesenschritten einer wirtschaftlichen Katastrophe entgegen, wenn es nicht gelingt, die Kenner der Wirtschaft in kürzester Frist in allen Ländern zusammenzubringen und durch gemeinsame Maßnahmen die Welt zu retten. Insbesondere das deutsche Volk ist bereit, mit allen Völkern der Erde in friedlichem Wettbewerb wieder zusammen zu arbeiten. Aber Deutschland wird infolge der Entwertung der Mark durch die Reparationszahlungen von Tag zu Tag immer tiefer in die Unfähigkeit, als Käufer auf dem Weltmarkt zu erscheinen, hinabgezogen. Wenn es schon politisch unmöglich ist, ein 60-Millionen-Volk auszusparen, so ist es wirtschaftlich noch verhängnisvoller, es vom Weltwirtschaftsmarkt fernzuhalten. Wenn Deutschland die ungeheuren Goldzahlungen des Alliierten ausführen müßte, so wäre die Konsequenz der völligen Zusammenbruch des Weltmarktes. Nur die Bereinigung der arbeitenden und produktiven Kräfte aller Völker könne der Welt den wahren Frieden bringen.

Zum Schluß erklärte Dr. Wirth, daß das Gebot der Stunde die Zusammenfassung von Volk und Arbeit sei, wie es dem alten christlichen Geiste entspreche. In diesem Geiste müsse auch das deutsche Volk zu einer neuen Einheit kommen, die unter der wirtschaftlichen Not zu stehen drohen. Während auf der einen Seite es zu den dringenden Aufgaben der neuen Regierung gehören wird, der Selbstverwertung durch eine grundlegende neue Ordnung der Gehälter der Beamtenstellen und Beamten nachzugehen, muß auch aufs schnellste alles getan werden, um dem ungeheuren Elend der Arbeitslosen und Invaliden zu steuern. Die neue Regierung wird auch den Kampf gegen den Wucher aufnehmen, in der sicheren Erwartung, daß man ihn dabei nicht in den Rücken falle.

Nach dem Bericht der „Vossischen Zeitung“ hat sich der Kanzler über das Verhalten der bürgerlichen Parteien während der Krise noch viel schärfer geäußert. Er führte unter dem kühnen Beifall der Verammlung aus:

Jedemmal, wenn es gilt mit Herz und Hand die Verantwortung zu übernehmen, schlingen sich gewisse Herrschaften in die Sühne und gehen sogar von Berlin weg. Ich habe in diesen Tagen Unglaubliches erlebt. Der Zeiger der Uhr rückt immer weiter, und die Parteien waren sich nicht einig. Was ein Führer heute zugestanden hätte, schlug ihm am anderen Tage die Fraktion aus der Hand. Das politische Chaos dämmerte heran. Daraufhin, nachdem der Zeiger der Uhr 112 zeigte, nachdem man sich entschieden mühte, ob links oder rechts, habe ich dem Reichspräsidenten erklärt, ich sage zu, wenn man mir erlaubt, eine Regierung zu bilden, die auch bereit ist, Fraktions- und parteipolitische Interessen hintanzustellen, damit man zum Ziele kommt.

Wir erwarten nunmehr, daß der Reichskanzler nach diesen Erfahrungen seinen früheren Gedanken einer Koalition von Stresemann bis Scheidemann endgültig aufgibt und sich zur Aufnahme des schärfsten Kampfes gegen die Selbstsucht der bestehenden Klasse entschließt. Er wird dann allerdings erkennen müssen, daß die von ihm erwünschte Zusammenarbeit von Volk und Arbeit gerade den Interessen der minderbemittelten Bevölkerung entspricht. Nur wenn die Regierung entschlossen ist, bei der Verteilung der Lasten für die Wiedergutmachung und für den Staatshaushalt die kapitalistischen Kreise bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit heranzuziehen, wird die Arbeiterklasse ihre Politik unterstützen.

